



www.dielinke-berlin-mitte.de

Die Linke

Bezirksverband
Mitte

mittendrin

Ausgabe 04 | 2024 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



Özlem Alev Demirel, Demirel, Die Linke, Mitglied des Europäischen Parlaments

Die kommenden Europawahlen werden eine Abstimmung über die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Während immer mehr Menschen nicht über die Runden kommen, die Preise steigen und die Mittelschicht erodiert, werden der Rüstungsindustrie Milliarden in den Rachen geschmissen.

Der laufende Aufrüstungswahnsinn wie auch Kriege werden immer zu Lasten der Lohnabhängigen und der Armen gehen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) trommelt für eine hochgerüstete Militärunion. FDP-Finanzminister Lindner spricht sich für mehr Überstunden der Beschäftigten

aus, um die Aufrüstung zu finanzieren.

Und SPD-Spitzenkandidatin Katharina Barley wünscht sich gar eine europäische Atombombe. Die Milliarden, die heute und künftig in die Rüstungsindustrie gehen, fehlen eher früher als später in der sozialen Infrastruktur. Außerdem macht Aufrüstung die Welt nicht sicherer, sondern erhöht die Kriegsgefahr.

Schon 2019, also lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, identifizierte die heutige Kommissionspräsidentin die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“ als das „herausstechende Merkmal“ der heutigen Zeit. Um sich in dieser neuen Konstellation be-

haupten zu können, müsse die EU ihre militärischen Fähigkeiten ausbauen und den Willen zeigen, eigene Interessen – wo nötig – auch militärisch durchzusetzen. Die besagten Interessen werden in EU-Grundlagendokumenten klar definiert, es geht um den freien Zugang zu Handelsrouten, Seewegen, Ressourcen und Absatzmärkten.

Während sich vor einigen Jahren noch die Mehrheit der BRD- und der EU-Bevölkerung skeptisch gegenüber Aufrüstung und Waffenexporten zeigte, diese mehrheitlich ablehnte, wurde

➤ Fortsetzung auf Seite 2

STREIKBEWEGUNG

Streiks im Einzelhandel – Maß der Beteiligung und Dauer ist historisch

Seite 2 ▶

STADTENTWICKLUNG

Die Linke fordert Untersuchungsausschuss zu Benko's geplanzten Kaufhausplänen

Seite 5 ▶

AUS DEM ABGEORDNETENHAUS

Berlins Gesundheitssystem schizophrene? Ja, meint Tobias Schulze vom Abgeordnetenhaus

Seite 7 ▶

➤ Fortsetzung von Seite 1

die Verunsicherung in der Bevölkerung nach dem russischen Überfall auf die Ukraine missbraucht und verwertet, um die EU-Militarisierung und Akzeptanz für Aufrüstung und „Kriegstüchtigkeit“ durchzusetzen. Seither werden nicht nur immer mehr Milliarden in den Krieg investiert, auch rühmt sich Frau von der Leyen (CDU) offen damit, die geopolitische EU auferweckt zu haben.

Die Kommissionspräsidentin lehnt – egal ob mit Blick auf die Ukraine oder Gaza – die Forderung nach einem Waffenstillstand nur ab. Mit Blick auf die Ukraine wurden sogar alle internationalen Initiativen für einen Waffenstillstand beiseite gewischt.

Stattdessen wurden immer größere, schwerere und schnellere Waffen in diesen Krieg geliefert. Inzwischen ist klar, dass es sich nicht nur um einen Stellver-

treterkrieg handelt, längst ist auch unübersehbar, dass es ein Stellungs- und Abnutzungskrieg ist, indem Zerstörung, Tod und Leid immer weitergehen.

Den Preis für diesen robusten Kampf zwischen Russland und der Nato bzw. der EU zahlen allen voran die Armen aus der Ukraine und Russland mit ihrem Leben. Weltweit sind es Arme, Lohnabhängige bis hin zum Mittelstand, die für die Aufrüstung aufkommen und die steigenden Preise zahlen. Wenn wir wollen, dass das Töten und Sterben ein Ende hat und wenn wir nicht auf einem Kontinent der permanenten Aufrüstung und Kriegsgefahr leben wollen, dann bleibt eine starke Bewegung für den Frieden unausweichlich, die deutlich macht, dass wir diesen Kampf großer Mächte auf dem Rücken der Armen und Arbeitenden ablehnen. Wir wollen ein Ende der Kriege und fordern Abrüstung, wir wollen **die Waffen runter und die Löhne rauf!**

Streik im Handel

In Deutschland gibt es im Einzelhandel 3 Mio. Beschäftigte, zzgl. des Groß- und Außenhandels 6,5 Mio. Beide Branchen vertritt ver.di als größte Gewerkschaft mit dem Fachbereich Handel. Sie kann auf 238.000 Mitglieder zählen, was einem Organisationsgrad von 3,7 % entspricht. Dominiert wird der Handel durch die vier Monopolisten Edeka, Rewe, Schwarz (Kaufland, Lidl) und Aldi. Auf sie entfallen 85 % des Umsatzes im Lebensmitteleinzelhandel, der 2023 bei 200 Mrd. Euro lag. Ihre Profitrate übersteigt mittlerweile die der Lebensmittelindustrie.

In den Konzernen ist der Organisationsgrad mit bis zu über 60 % und somit die Streikbereitschaft wesentlich höher als in den mittleren und kleineren Betrieben. Deren Beschäftigte dominieren dann auch den gegenwärtigen Streik, der im Maß der Beteiligung und seiner langen Dauer als historisch zu bezeichnen ist.

Er verläuft aber eher im Rahmen der ökonomischen Ebene. Das heißt, es geht um die Erhöhung des Tariflohnes und die Forderung nach einer Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. In beiden Fragen ist die Arbeiterklasse des Handels nach wie vor in der Defensive. Waren 2011 noch 48 % der Arbeiter in Betrieben mit Tarifbin-

dung beschäftigt, waren es 2021 nur noch 28 %. Vergleicht man die Lohnabschlüsse von 2019 bis 2023 mit der Inflationsrate, kommt man auf einen Reallohnverlust von 3,3 %. Die Inflation und die Tariffucht treiben die Kollegen auf die Straße. Bei 56 % Teilzeit im Einzelhandel geht es bei vielen nur noch um den Erhalt ihrer Arbeitskraft. Trotzdem wird durch die Herrschenden das Streikrecht in Frage gestellt und die bürgerliche Presse spricht vom Auffahren „ganz großer Geschütze“ durch die Gewerkschaften. Das „ganz große Geschütz“ wäre allerdings die Forderung nach der Vergesellschaftung der fünf größten Lebensmittelkonzerne, die mittlerweile in der Lage sind, eine eigene Lebensmittelproduktion und Logistik aufzubauen. Angesichts der Monopolisierung im Handel fühlt man sich an die Zeilen im „Kapital“ Bd. 1 erinnert, nachdem die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit einen Punkt erreicht hat, „wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.“

Stephan Jegielka,
Mitglied Tarifkommission Einzelhandel Berlin-Brandenburg

Rückblick auf die Hauptversammlung der Linken Berlin Mitte

Unser Bezirksverband der Linken Berlin Mitte traf sich am Samstag, dem 24. März, zu seiner Hauptversammlung, dem Bezirksparteitag. Wir diskutierten, stimmten Anträge ab und wählten Teile des Bezirksvorstands nach. Zudem wählten wir Delegierte für verschiedene Gremien unserer Partei.



Die Linke Berlin Mitte: Sozialistisch, antifaschistisch, antimilitaristisch und breit verankert in den Kiezen — das war das Thema unserer vergangenen Hauptversammlung. Wir diskutierten umfangreich und beschlossen mehrere Anträge, darunter einen mit dem Fokus auf Antifaschismus sowie einen Antrag, der sich für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza und den Stopp der deutschen militärischen und diplomatischen Unterstützung für den schrecklichen Krieg Israels in Gaza ausspricht.

Zudem wählten wir den Co-Vorsitzenden des Bezirksverbands nach: Ich gratuliere Martin Neise, mit dem ich ab nun gemeinsam den Bezirksverband leiten darf (und damit auch diese Kolumne teilen werde). Darüber hinaus bekamen wir weitere Verstärkung im Bezirksvorstand durch Claudia Gohde, Andrea Vidović, David Cüppers und Niklas Graßmann. Herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten und auf gute Zusammenarbeit!

Martha Kleedörfer,
Co-Vorsitzende des
Bezirksverbands Die Linke
Berlin Mitte

KURZNACHRICHTEN

► 10 Jahre Gewaltopfer-Ambulanz

Rund 13 000 Menschen - Opfer häuslicher oder sexueller Gewalt - haben seit 2014 Kontakt mit der Gewaltschutzambulanz der Charité aufgenommen. Die Einrichtung ermöglicht eine kostenlose rechtsmedizinische Untersuchung und eine gerichtsfeste Dokumentation von Verletzungen. Finanziert wird sie von der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz mit rund 1,3 Millionen Euro jährlich.

► Theater für Blinde im Grips

Seit März gibt es im Grips-Theater in der Altonaer Straße Aufführungen für sehbehinderte und blinde Besucher mit Audiobeschreibung und Tastführung. Auftakt war das Stück „Ab heute heißt du Sara“ nach der Autobiographie von Inge Deutschkron. Das Skript zum Stück wird während der Vorstellung live eingesprochen. Visuelles wird so in Auditives „übersetzt“ und Sichtbares hörbar gemacht.

► Medien für Bewegungskita an der Togostraße

Mit einer Summe von 5600 Euro unterstützt das Deutsche Kinderhilfswerk das Projekt „Medien im Bewegungskindergarten“ in der Kita „Pffifikus“ an der Togostraße. Damit soll die Medienkompetenz der Kinder gefördert und ein verantwortungsbewusster Umgang mit Medien vermittelt werden. Die Mädchen und Jungen konsumieren dabei nicht nur Inhalte, sondern gestalten selbst aktiv ihre mediale Umgebung.

► Seltener Meteorit im Naturkundemuseum

Bruchstücke des winzigen Asteroids „2024 BXT“, der in der Nacht zum 21. Januar in der Nähe von Berlin verglühte, sind für wenige Wochen im Mineraliensaal des Naturkundemuseums ausgestellt. Das Material ist sehr empfindlich und soll weiter untersucht werden. Ein Suchteam aus Polen hat bei Nennhausen im Havelland die Gesteinsbrocken aus dem Weltall gefunden.

► Mehr Anträge auf Grundsicherung

Die Zahl der Anträge von Bedürftigen auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wuchs in Berlin laut Sozialstaatssekretär Aziz Bozkurt von 7171 im Jahre 2022 auf 11728 im Jahre 2023. Fast verdoppelt haben sich die Zahlen in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln.

Inspiriert von Sonne und Natur:

Malerin Natalya Fomicheva

„Ich bin eine glückliche Frau“, sagt die Malerin Natalya Fomicheva. Ihre Bilder aber strahlen eine sentimentale, etwas traurige Stimmung aus. Und gleichzeitig genügt ein einziger Blick auf ihre Gemälde, um in die Märchenwelt einzutauchen.

„Viele Menschen in meinem Heimatland Moldawien fühlen sich durch ihre finanzielle und wirtschaftliche Situation besorgt, und das spiegelt sich in den meisten meiner Porträts wider“. Sie selbst malte sich mit einer Maske vor ihren Augen, beschützt von einem Wolf und einer Dohle.

Die 1977 in Ceadir-Lunga im autonomen Gebiet Gagausien geborene Künstlerin - Tochter eines Metallarbeiters und einer Köchin - arbeitete nach der Grundschule in einer Schneiderei. Acht Jahre lebte sie in der Türkei, verdiente sich ihren Lebensunterhalt als Aupair. Danach, im Jahr 2009, zog sie nach Berlin, wo sie glücklicherweise den Künstler Younis Al Azzawy kennenlernte. Später wurde sie von seinen Gemälden sehr stark inspiriert. „Bald malten wir zusammen in seinem Atelier“, denkt sie dankbar zurück. „Ich porträtierte seitdem vor allem Frauen und Mädchen, darunter meine Schwiegertochter, eine Nichte und Enkelkinder, alle bewusst etwas mystisch und geheimnisvoll“. 25 ihrer besten Bilder zeigte Natalya Fomicheva im Februar in einer Ausstellung in der Koloniestraße 120 in den Räumen des Bildungsträgers PUK a malta. „Hier war ich schon das zweite Mal, zuvor stellte ich mich im Russischen Haus in der Friedrichstraße sowie in Mariendorf zusammen mit Younis Al Azzawy vor.“

Für ihre Arbeit braucht die Malerin viel Ruhe, malt meistens nachts. „Tags gehe ich oft spazieren, lasse mich von der Sonne und der Natur für neue Bilder inspirieren“. Oft vertauscht sie die Pinsel mit ihren Fingern. „Alle Gemälde sind meine Kinder“, gesteht sie. Und zwischendurch zeichnet sie Abbilder von Verstorbenen nach Fotos im Auftrag der Hinterbliebenen. Im Moment steht sie im Gespräch über eine mögliche Ausgestaltung eines Hotelneubaus in Spandau mit 30 bis 40 Bildern.

Wenn man Natalya nach ihren Träumen fragt, so steht an erster Stelle ein eigenes Atelier in Berlin mit einem klei-



Natalya Fomicheva

nen Café und vielen Blumen. Und als großes Projekt ein Haus an der türkischen Meeresküste, wo sich ihre Eltern und ihre zwei Söhne mit ihren Familien erholen können. „Ich liebe alles in meinem Leben“, betont sie lächelnd, „auch meine Träume“. Mögen sie in Erfüllung gehen!

Matthias Herold

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

Medizinische Fachangestellte – unterbezahlt im Schatten der Ärzt*innen

Am 19. März rief seit nunmehr fünf Jahren das Robert Koch-Institut den „Tag des Gesundheitsamtes“ aus. Während der Corona-Pandemie wurde allen Menschen sehr plötzlich bewusst, wie wichtig es ist, einen funktionierenden Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) zu haben. Kann sich nach dem Ende der Pandemie niemand mehr daran erinnern?

Es war ein voller Saal, in den ich am 19. März dieses Jahres im Gesundheitsamt Mitte eintrat. Gemeinsam mit dem Amtsarzt hatten wir die Medizinischen Fachangestellten (MFA) und Zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA) aus dem Gesundheitsamt zu einem gemeinsamen Austausch eingeladen. Angekündigt war auch ein hoher Gast der Landespolitik, denn Gesundheitsstaatssekretärin Ellen Haußdörfer (SPD) wollte uns auch einen Besuch abstatten.

Aber der Saal war vor allem voll, weil es für die MFAs und ZFAs die Gelegenheit gab, sich und die jeweiligen Tätigkeitsschwerpunkte kennenzulernen und sich miteinander zu vernetzen. Es gab Präsentationen zur Vielfältigkeit der Arbeit vom Kinder- und Jugend-

gesundheitsdienst über die Impfstelle bis zum Zahnmedizinischen Dienst.

Nachdem die Staatssekretärin und ich jedoch den Raum betraten, stand fast ausschließlich das Thema gerechte Bezahlung im Fokus. In Vollzeit beträgt das Nettogehalt von (Zahn-)Medizinischen Fachangestellten rund 1.800 Euro. Es sind fast ausschließlich Frauen in diesem Berufsfeld im Gesundheitsamt Mitte tätig – Frauen, die es sich aufgrund dieses Gehalts bei den heutigen Mietpreisen oftmals gar nicht leisten können, reduziert zu arbeiten – selbst wenn sie wollten.

Wir reden bei der Bezahlung der Beschäftigten im ÖGD ausschließlich über Ärztinnen und Ärzte. Auch diese sind im Vergleich zu Kliniken unterbezahlt und aufgrund des Tarifvertrags ist es schwer, neue Ärzt*innen mithilfe des Gehalts ins Gesundheitsamt zu locken. Aber die Grundlagen dafür, dass Ärztinnen und Ärzte ihre Arbeit leisten können, sind die Vorarbeiten, Unterstützungsarbeiten, das Assistieren und



Medizinische Fachangestellte im Gesundheitsamt
(Foto: Alla Zrazhevskaja)

Nachbereiten durch die Medizinischen Fachangestellten. Ohne sie steht das Gesundheitsamt still.

Es war mir ein wichtiges Anliegen, den MFAs und ZFAs für ihre unersetzbare Arbeit zu danken, aber ich habe ihnen auch ins Gewissen geredet, dass sie für den Wert ihrer Arbeit einstehen und die Stimme erheben müssen. Die Sozialarbeitenden im Jugendbereich haben es vorgemacht, sie protestieren, sie streiken, sie klagen an, doch MFAs und ZFAs habe ich noch nie vor dem Roten Rathaus demonstrieren sehen. Es wird Zeit dafür.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit

Stadträtin geht – Videoüberwachung am Leopoldplatz kommt

Die BVV im März war sichtbar geprägt von der Woche gegen Rassismus. Unsere Fraktion hatte dazu ein Banner drucken lassen, hinter dem sich alle versammelten und das als starkes Zeichen seine Wirkung tat. Thematisch stand zunächst das Thema Verkehr und Klima auf der Tagesordnung.

Zunächst wurde der erste Einwohnerantrag der Geschichte der BVV Mitte von stolzen Repräsentanten der Anwohnenden des Malplaquetkieses mit tatsächlich über 1000 gesammelten Unterschriften eingereicht. Das Bezirksamt wird im Antrag unter anderem aufgefordert, den Durchgangsverkehr im Kiez mittels der Errichtung von Diagonalsperren zu unterbinden. Die Begeisterung im Publikum, in dem einige Gäste saßen, die der Diskussion beiwohnen wollten, hielt leider nicht lange an, weil die Fraktion der Grünen ohne Zögern die Überweisung des Antrags in

den Ausschuss Verkehr und Ordnung beantragte und damit auch eine Mehrheit fand. So wurde leider nichts aus dem bisschen gelebter Demokratie aus Bürger*innenhand.

Der nächste ernüchternde Augenblick ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Die seit Beginn der sechsten Wahlperiode als Stadträtin für Umwelt, Natur, Klimaschutz und Grünflächen tätige sehr engagierte Almuth Neumann kündigte an, ihre Stelle aus familiären Gründen aufzugeben. Frau Dr. Neumann war immer eine kompetente Ansprechpartnerin für die Akteur*innen in der BVV und hatte mit dem Thema Verkehr und Klimaschutz auf Senatsebene gerade in den letzten Monaten keine einfachen Verhandlungspartner*innen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden viele Anträge in die Ausschüsse verwiesen, darunter auch unser Antrag

gegen die obdachlosenfeindliche Architektur im Stadtraum.

Bei der Bearbeitung der vorliegenden Anträge, die direkt behandelt und nicht in die Ausschüsse überwiesen wurden, war der kontroverseste sicher der Antrag auf die Einführung einer Videoüberwachung auf dem Leopoldplatz. Während es von einzelnen Verordneten der SPD noch kritische Stimmen gab und unsere Fraktionsvorsitzende Jacqueline Sanehy deutliche Worte zu der geplanten Einschränkung von Bürger*innenrechten und auch zur Behinderung von sozialen Hilfeleistungen fand, stimmte die Mehrheit von Grünen und SPD gemeinsam mit CDU und FDP für eine Videoüberwachung.

Mehr zur BVV-Sitzung ist wie üblich auf unserer Homepage zu lesen.

Ingrid Bertermann,
Geschäftsführerin der BVV-Fraktion

BEI ANDEREN GELESEN

Zahlreiche Kommentare widmen sich den Diskussionen über Streik und Streikrecht. So warnt die **Saarbrücker Zeitung**: „Deutschland droht wie einst Großbritannien in Streiks zu ertrinken. Damals brach Maggie Thatcher mit harten Mitteln die Macht der Gewerkschaften. Das kann man zivilisierter haben – mit der Beschränkung des Streikrechts in der kritischen Infrastruktur, indem der Staat hier eine Schlichtung und eine rechtzeitige Ankündigung von Ausständen vorschreibt.“

Der **Münchner Merkur** sieht es so: „Der GDL-Streik und ihr bockbeiniger Vorsitzender nerven so extrem, dass jetzt die ersten Politiker nach Zwangsmaßnahmen rufen. Noch ist es eine zögerliche Debatte. Zu Recht. Denn das Streikrecht ist vom Grundgesetz geschützt. Aber Streiks müssen auch verhältnismäßig sein und dürfen das Gemeinwohl nicht eklatant verletzen.“

In der **taz** steht: „Dass die üblichen Verdächtigen nun wieder eine Einschränkung des Streikrechts fordern, bleibt dennoch falsch. Die Möglichkeit zu einem wirkungsvollen, also auch unbequemen Arbeitskampf ist die einzige Macht, die eine Gewerkschaft hat.“

Auch die **Frankfurter Rundschau** meint: „Die Arbeitskämpfe der Lokführer*innen und des Lufthansa-Bodenpersonals mögen bei einigen Menschen auf Unverständnis stoßen, aber bei aller Kritik gilt es auf dem Boden zu bleiben. Streiks gehören dazu. Beide Gewerkschaften haben gute Gründe für ihre Arbeitskämpfe: die Inflation der zurückliegenden Jahre, die schwindende Attraktivität der Berufsgruppen einerseits – und andererseits das Missmanagement der Unternehmensspitzen bei gleichzeitigen Millionenboni. Warum sollten sich die Beschäftigten zurückhalten, während die Bosse üppige Sonderzahlungen einstreichen?“

Noch deutlicher formuliert es die **Leipziger Internet Zeitung**: „Das Streikrecht muss bleiben, denn wenn das Streikrecht für kritische Infrastruktur erst eingeschränkt wird, dann ist das nur der Anfang. Weitere Einschränkungen für wirtschaftlich wichtige Branchen werden folgen. Erst wird es fast unmöglich werden, in den wichtigsten Bereichen der Volkswirtschaft zu streiken – später wird jeder Streik unmöglich.“



Kaufhauspläne geplatzt, Benko's Kartenhaus zusammengekracht

Die Linke fordert Untersuchungsausschuss

Das Kartenhaus des windigen Immobilienmoguls Benko ist zur Jahreswende endgültig zusammengebrochen: Der Deal der Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey mit der Holding von René Benko, der das Land ungeniert gegen angebliche Arbeitsplatzgarantien zu massiven Zugeständnissen beim Um- und Neubau von Warenhäusern zwingen wollte, ist jetzt durch die Insolvenz gestoppt.

Der bereits in Österreich vorbestrafte Benko war von Anfang an lediglich an den hochwertigen Innenstadt-Grundstücken interessiert, um damit hochprofitabel zu spekulieren. Seine Signa-Holding hätte von der Senatsverwaltung für Wirtschaft unter die Lupe genommen werden müssen. Es war eine intransparente Briefkasten-Konstruktion Hunderter Unterfirmen nur für den einen Zweck: Geld für die Benko-Stiftung abzuwerfen und die Grundstückspreise hochzutreiben. Durch hochgetriebene Bodenpreise explodierende Gewerbemieten belasten nicht nur Klein- und Mittelbetriebe, sondern auch die Mietstruktur der gesamten Wohnbevölkerung Berlins. Denn hier wohnen im Gegensatz zu anderen Großstädten 85 Prozent der Bevölkerung zur Miete. Bodenspekulanten warten nur darauf, dass sie durch solche Wertsteigerungen kräftig abzocken können.

Genau diese Sachlage war es, die schon vor Jahren aktive Mieterinitiativen und verantwortungsvolle Politiker*innen der Linken zu der Einsicht brachte, dass den Spekulationen börsennotierter Immobilienkonzerne mit

über 3000 Wohnungen innerhalb der Hauptstadt ein Ende bereitet werden müsste. Aber bisher stießen die Aktiven der DWE-Initiative (Deutsche Wohnen & Co. enteignen) auf eine allzu feste Schicht von Immobilienkonzernen und mit den Bodenspekulanten verbündeten Politikern. Dabei beinhaltet das ins Auge gefasste Gesetz zur Vergesellschaftung sogar eine Entschädigung der betroffenen Konzerne.

Durch das Nichtstun der Senatsverwaltung für Wirtschaft droht mit der Insolvenz aktuell in Berlin die Zerschlagung der Benko-Holding ohne soziale Rücksichtnahmen, weil unklar ist, was davon übrig bleibt, wenn die nächsten Verwerter in Form internationaler Hedgefonds kommen.

Signa habe die zugesagten Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe nicht eingehalten, sagte die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linken, Katalin Gennburg. „Stattdessen sind Steuergelder, Lohn- und Pensionsansprüche der Beschäftigten in Milliardenhöhe im Unternehmensumpf der Signa versunken.“ Sie forderte, die Versäumnisse der Landesregierung beim Umgang mit der jetzt insolventen Holding in einem Untersuchungsausschuss lückenlos aufzuklären.

In Mitte betrifft das besonders die Zukunft des Karstadt-Gebäudes am Leopoldplatz, das nicht nur ein kommerzielles, sondern auch ein gesellschaftliches Zentrum des Quartiers rund um Müllerstraße, Schulstraße und Luxemburger Straße werden sollte.

Rainer Scholz

Am Ende kommt alles zusammen

Mir war neu, dass der „Admiralspalast“, der in DDR-Zeiten das „Metropol-Theater“ war, ab 1837 als „Admiralsgartenbad“ so beliebt war, schon 1910 einem viergeschossigen Neubau weichen musste, einem Vergnügungspalast mit Eislaufbahn, Restaurants, 900 Zimmern, Sälen, im Vorderhaus Kegelbahnen, Café, Lichtspieltheater und orientalisches anmutenden Bädern, in denen Tag und Nacht gebadet wurde, die Abwärme heizte das Wasser ...

Dann wurde die Eisbahn im Mittelflügel ein Varieté, 1923 Revuetheater, 1930 gab es 2 200 Plätze, der nächste Umbau erbrachte ein Operettenhaus, 1939 kam die Fusion mit dem Metropol-Theater und Goebbels setzte die heute noch vorhandene schlichte klassizistische Form des Innenausbaus durch.... Kann man alles nachlesen...Nach 1945 bot das Haus Raum für sehr andere politische Veranstaltungen, hinten zog wegen massiver Bombenschäden kurzzeitig die Staatsoper ein, vorn war zwischen 1949 und 1970 das Haus der Presse, aus „Grand Café“ wurde Pressecafé, oben der Club der Journalisten, doch das Pressecafé verschwand...

Als Ostberlin den Alex umbaute, öffnete 1973 nach drei Jahren Bauzeit ein Haus der Verlage, daneben das Pressecafé im Glashaushaus, mit markanter Treppe und Willi Neuberts 76 Meter Emailliefries, die Wende brachte Steakhaus und Leerstand, jetzt kommt Kulinarisches, oben Steak und Plüsch, unten das Café, die vermüllte Freifläche wird gerade gefliest und verglast, die Berliner Verlag GmbH ist jetzt im Besitz des in Mitte wohnenden Ehepaars Silke und Holger Friedrich. All das klingt so simpel wie die Frage, warum Fahrräder rasen, junge Riesen mit langen Armen und Beinen rempeln, Mittes urbaner Alltagscharme versendet, neben „Parkverbotszonen“ E-Scooter liegen, ich nachts trotz Putzpädagogik die U 8 meide, der frühere Thälmannplatz noch Mohrenstraße heißt, man überall bittelt, der Bahnsteig Rosa-Luxemburg-Platz auch Schlafstatt ist. In der Torstraße gibt's gegen Mitternacht noch drinnen wie draußen viel Gerede und Bier, am Rosenthaler Platz Currywurst, nebenan Burger, im Späti Kaffee und Tee, ich weiß, vor 60, 40, 30 Jahren war hier kaum Gastronomie, aber Bier floss immer... Da denke ich an den



Diffuse „Wandmalereien“ an Mittes Ecken und Enden

noch älteren Alltag, an „Berlin - Sinfonie der Großstadt“, herrlicher Film von 1927, vergnüge mich im Kino „Toni“ bei Erich Engels großartiger Verfilmung der einst so bekannten Berliner Vorortposse namens „Biberpelz“ von 1947 und genieße die Berliner Geschichte.

Irene Runge

Neue Schätze, alte Bekannte und warme Bäder für kühle Tage

In der **Neuen Nationalgalerie** am Kulturforum erwarten die Besucherinnen und Besucher Ausstellungen unterschiedlichen Charakters. So sind im Museum für die Kunst des 20. Jahrhunderts aktuell unter anderem Gerhard Richters „100 Werke für Berlin“ zu sehen. Erstmals werden Arbeiten gezeigt, die der 92-Jährige der Stadt Berlin als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt hat. Dazu gehört der Zyklus „Birkenau“, ein Zeugnis der langen Auseinandersetzung des Künstlers mit dem Holocaust. Gezeigt werden weitere Arbeiten Richters seit den 1980er-Jahren. Noch bis zum 28. April ist „Josephine Baker. Icon in Motion“ zu erleben, gewidmet deren künstlerischem Schaffen in Tanz, Musik, Film und anderen Disziplinen, aber auch ihrer Rolle als Widerstandskämpferin und Bürgerrechtsaktivistin. Zu erleben ist auch, wie die Baker andere zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler inspiriert hat. In „Zerreißprobe. Kunst zwischen Politik und Gesellschaft“ sind Gemälde, Objekte, Fotografien und Videoarbeiten aus der Bundesrepublik und der DDR, aus Westeuropa und den USA zu sehen. Gezeigt werden z.B. Werke von Joseph Beuys, Marina Abramović, Wolfgang Mattheuer oder Andy Warhol.



Mit der Aufforderung „Missverstehen Sie mich richtig!“ lädt Gregor Gysi regelmäßig zu Gesprächen in die **Distel** ein. Auf You Tube sind zahlreiche Mitschnitte zu sehen, so von den Begegnungen mit dem Arzt Dietrich Grönemeyer, den Schauspielerinnen Katharina Thalbach, Carmen-Maja Antoni und Katja Riemann, mit dem FDP-Urgestein Gerhart Baum, dem Moderator Markus Lanz oder BAP-Frontmann Wolfgang Niedecken. Eine Alternative zu langweiligen Fernsehenden!

Für ein Bad im Freien dürfte es im April noch zu kühl sein. Wie wäre es also mit dem Besuch einer **Therme**? In Berlin finden sich mehrere davon. Das Liquidrom im Tempodrom, das Vabali Spa im balinesischen Stil in der Seydlitzstraße und die Thermen am Pichensee nenne ich stellvertretend. Aber auch rund um Berlin finden Sie ein dichtes Netz entsprechender Einrichtungen, so in Bad Belzig, Bad Liebenwerda, Bad Saarow und Bad Wilsnack, in Burg, Ludwigsfelde, Luckenwalde, Neuruppin, Templin und Werder.



Georg Fehst

Ein schizophrenes Gesundheitssystem:

Auf der einen Seite Spitze, auf der anderen mangelhaft

Schizophren? Ja. Auf der einen Seite ist Berlin eine Gesundheitsmetropole von europäischem, vielleicht globalem Format. Mit der Charité haben wir einen Leuchtturm in Forschung, Lehre und Versorgung in der Stadt. Modernste Geräte, Herztransplantationen und Gentherapien – dafür ist Berlin bekannt. Für jede noch so seltene Erkrankung wird man hier eine Spezialistin oder einen Spezialisten finden – auch in besonderen Facharztpraxen.

Trotz dieser Fülle erleben Berlinerinnen und Berliner sehr oft dramatischen Mangel. In vielen Bezirken, nicht nur im Osten, sondern auch in Reinickendorf oder Spandau, gleicht die Suche nach einem Haus- oder Kinderarzt einer Odyssee. 36 Prozent der Hausärzt*innen sind über 60 Jahre alt. Viele finden keine Nachfolge für die Praxis, weil die Arbeitsbedingungen in dieser Überlastungssituation einfach unattraktiv sind. Der Mangel wird sich absehbar noch dramatisch verschärfen.

Und wer eine Überweisung zum Augenarzt oder zum Gastroenterologen bekommt, wartet nicht selten viele Monate auf die wichtige Untersuchung. Ganz besonders dramatisch ist die Lage auch im Bereich der Psychothe-

rapie, wo Patient*innen im Durchschnitt drei Monate auf einen Therapieplatz warten müssen. In schweren Fällen können diese Monate über Leben und Tod entscheiden.

Dieser Mangel im ambulanten Bereich trifft auf ein Krankenhausssystem, das an entscheidenden Stellen – bei den Rettungswachen, der Psychiatrie oder der Kinder- und Jugendmedizin etwa – unterausgestattet und überlastet ist. Ein Krankenhausystem, dessen Kapazitäten durch die Krankenhausreform der Bundesregierung um ein Drittel reduziert werden sollen.

Wir als Linke wenden uns nicht nur gegen die Krankenhausreform, sondern fordern eine Systemreform für das ganze Gesundheitswesen. Und wir gehen in Berlin mit gutem Beispiel voran. Die niedergelassene Hausarztpraxis kann die Versorgung in der Fläche nicht sicherstellen. Wir brauchen eine Förderinitiative des Senats für medizini-



sche Versorgungszentren (MVZ), die Haus- und Facharztsitze bündeln und in denen Ärzt*innen angestellt arbeiten. Gemeinsam mit unseren Gesundheitsstadträt*innen aus den Bezirken sprechen wir bereits mit Krankenhausträgern, die solche MVZ gründen und betreiben können. Der Senat sollte bei der Raumsuche und mit Fördermitteln für die Gründung unterstützen.

Ohne eine gute Grundversorgung nützt Spitzenmedizin wenig.

Tobias Schulze,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Bürogebäude als „Prototyp eines neuen Hochhauses“?

An der Jannowitzbrücke soll ein neues Hochhaus mit dem Namen „Central Tower“ entstehen. Die Pläne dafür stellte Mittes Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD) zusammen mit dem Investor – der Immobilienkonzern HB Reavis mit Sitz in der Steueroase Luxemburg – in einer öffentlichen Informationsveranstaltung Ende Februar vor. Nach Gothe soll das geplante Gebäude als erstes Hochhaus nach dem Hochhausleitbild des Senats gebaut werden.

Deshalb sei es der „Prototyp eines neuen Hochhauses“. Das Hochhausleitbild wurde unter der Ägide der damaligen Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Die Linke) erarbeitet. Es legt Planungsgrundsätze für Hochhausvorhaben fest. So soll etwa eine funktionale Mischung eingeplant

werden, indem höchstens 70 Prozent der Flächen für die Hauptnutzung (z.B. Gewerbe) vorgesehen sind. Die restlichen 30 Prozent sollen dann für Wohnen, Kultur und/oder Soziales genutzt werden. Außerdem muss es Flächen für eine öffentliche oder gemeinschaftliche Nutzung geben (Erdgeschoss und ein weiteres Geschoss). Dadurch sollen neue Hochhäuser einen Mehrwert für die Allgemeinheit erzeugen.

Soweit die Theorie. Ob sich diese Grundsätze auch verwirklichen lassen, muss die Praxis erst noch zeigen. Der Investor will das neue Hochhaus für Büros nutzen. Aus Gesprächen mit ihm lässt sich ablesen, dass die Mietpreise jenseits der finanziellen Möglichkeiten von sozialen Projekten und Nachbarschaftsinitiativen liegen werden. Auf diesen Widerspruch wiesen

in der erwähnten Informationsveranstaltung auch die Vertreter*innen des Nachbarschaftsrates KMA II hin. Der Nachbarschaftsrat sucht selbst neue Räumlichkeiten, da sein bisheriges Domizil im Ambulatorium Schillingstraße durch dessen beschlossenen Abriss bald verloren gehen wird. Für die angestrebte Funktionsmischung wäre es ideal, wenn der Nachbarschaftsrat (und selbstverständlich auch andere Initiativen und Träger) im geplanten Hochhaus unterkommen könnte. Solange aber Markt und Profit das Baugeschehen prägen, wird das wohl Wunschdenken bleiben. Auch darüber müsste im Zusammenhang mit dem Hochhausleitbild und weiteren Neubauten kritisch und ergebnisoffen diskutiert werden.

Michael Frey

DAS IST DAS LETZTE

In Deutschland liegt einiges im Argen. Es mangelt an Unterhosen und Socken für Soldaten und an Hustensaft oder Fieberzäpfchen für Kinder. In vielen Schulen bröckelt der Putz und Studenten suchen ebenso verzweifelt wie vergeblich bezahlbare Unterkünfte.

Da ist es gut, dass Ministerinnen und Minister mal ordentlich auf den Putz hauen und sich auf die Socken machen. Verteidigungsminister Pistorius zum Beispiel, der einen „Mentalitätswechsel“ der Deutschen in Sicherheitsfragen gefordert hat. Es sei notwendig, „kriegstüchtig“ zu werden. Die grüne Außenministerin Baerbock beeilte sich, ihrem Kabinettskollegen beizupflichten: „Klar müssen wir wehrhafter werden.“ Da will natürlich der revolutionäre Gesundheitsminister Lauterbach nicht zurückstehen und meint, das deutsche Gesundheitswesen solle fitter werden - auch „mit Blick auf mögliche militärische Konflikte.“ Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger schließlich möchte, dass „Schüler besser auf den Kriegsfall, Pandemien und Naturkatastrophen vorbereitet werden.“ Dafür sollten auch Offiziere der Bundeswehr an die Schulen gehen. Stillgestanden!

Allerdings gibt es auch Quertreiber. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich ist so einer. Der fragte doch tatsächlich im Bundestag: „Ist es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man einen Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden kann?“. Damit Friedensapostel wie der Papst oder Weicheier wie dieser Mützenich nicht Oberwasser bekommen, kommentierte Kiews Ex-Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, die Aussage des Sozies umgehend: „Dieser Typ war und bleibt der widerlichste deutsche Politiker“.

Mitunter beschleichen allerdings auch mich seltsame Gedanken: Können die Mitglieder der Bundesregierung nicht schlicht ihren Job machen und (um es diplomatisch à la Melnyk zu sagen) ansonsten einfach mal das Maul halten? **Schorsch**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Paralleltät zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus besteht nicht.
Bezeichnungen mit der Endung -Innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 26.03.2024
Ausgabetermin für Nr. 05/2024 - 02.05.2024



Fischerinsel: Neues Wohnhaus auf historischem Boden

Die Fischerinsel hat Zuwachs bekommen. In die 210 Mietwohnungen des Neubaus Fischerinsel / Ecke Mühlendamm mit Gewerbeflächen und einer Kita im Erdgeschoss sind Familien, Studenten, zahlreiche WBS-Inhaber eingezogen.



Auf seinem Grund und Boden im einst ältesten Teil der mittelalterlichen Stadt

Cölln, der im Zweiten Weltkrieg nahezu total zerstört und in den 60er Jahren großzügig wieder aufgebaut wurde, stand am Köllnischen Fischmarkt 4 das ehemalige Wohnhaus des Brandenburgischen Generalfeldmarschalls Georg von Derfflinger (1606 - 1695). 1682 hatte Derfflinger dieses Grundstück als Ersatz für nicht gezahlten Sold vom Kurfürsten geschenkt bekommen. Etwa um 1683 ließ er das alte Haus abreißen und einen Neubau mit der Front zum Köllnischen Fischmarkt errichten. Später, zu Beginn des 19. Jahrhunderts befand sich in diesem Haus die von Studenten und jungen Akademikern gern besuchte Konditorei „L'heureux“ (Die Glückliche). Am Abend des 18. März 1848 wurde diese zum Schauplatz des letzten verzweifelt Widerstands der Revolutionäre.

1867 erwarb die jüdische Familie Gerson das Gebäude als Wohnhaus und ließ es um noch eine Etage erhöhen. Der Unternehmer Hermann Gerson (1813-1861) war bereits 1835 aus Königsberg (Neumark) nach Berlin gekommen, wo er 1836 zunächst in der Passage der Bauakademie sein „Modehaus Hermann Gerson“ eröffnete und 1848 in einen Neubau am Werderschen Markt 5 verlegte. Er, beziehungsweise seine Nachkommen, wurden Hoflieferanten und ihr Kundenkreis reichte von St. Petersburg über Rom, Paris und London bis nach New York. Zeitweise hatte er bis zu 250 Mitarbeiter, darunter 150 Schneider. 1935 emigrierte die Familie vor den Nazis.

1943/44 zerfiel das Haus durch Bombentreffer in Schutt und Asche. Bei der Neubebauung der Fischerinsel ab 1965 wurde hier ein mit Bäumen bepflanzter kleiner Park angelegt, der dann aber 2022/23 dem Wohnungs-Neubau weichen musste.

Dr. Günter Gumpel



Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin, Tel.: 030 28705751

Die Sozialberatung findet jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr statt.

Wir gratulieren im April zum Geburtstag!

- zum 97. Hilde Hartitz
- zum 96. Siegfried Zachmann
- zum 95. Eva Tägtmeyer
- zum 94. Erwin Gürnth
- zum 92. Brigitte Rohland
- zum 90. Edeltraut Aurich, Horst Giese
- zum 89. Lieselotte Thiel, Elisabeth Weiß
- zum 86. Peter Lewerenz, Käthe Ortleb
- zum 85. Günter Andrae
- zum 84. Peter Kaukel
- zum 81. Heinz-Peter Rütten
- zum 80. Heidemarie Braun
- zum 70. Volkmar Müller
- zum 65. Susanne Fünfstück